

Per Fax an 06131-70-12788

Herrn Dr. Thomas Bellut
Intendant des
ZDF

55100 Mainz

Velbert, 19.01.2013

Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht:
Liquidierung der UMTS-Opfer, Leistungsträger mit Weltklasse-Höchstleistungen
zum Sozialfall diskriminiert:
Wir können uns selbst den Rundfunk-Beitrag nicht mehr leisten!

Sehr geehrter Herr Dr. Bellut,

Bundesregierung, Bundestag und Bundesverfassungsgericht sind längst
involviert in alle Verfahren des Betroffenen, dem relevante Grundrechte
verweigert werden, der umfangreiche Altersrücklagen auflösen musste und nun
nach deren Auflösung schrittweise Zwangsmassnahmen über sich ergehen
lassen muss,
nicht nur
weil die GEZ gnadenlos Gebühren eintreibt, nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

weil Kranken- und Pflegeversicherung nicht mehr bezahlt werden kann und nun
mit Landgericht und Sozialgericht neue Zwangsmaßnahmen vom
Versicherungsträger durchgezogen werden sollen.

Kann es sein, dass **die Öffentlich-Rechtlichen längst die Bodenhaftung**
verloren haben?
Kann es sein, dass die gebühren-finanzierte Qualität hinderlich ist, um die
Bodenhaftung erfüllen zu können?

Sie waren zum Zeitpunkt der **UMTS-Auktion2000**, mit der ein 25%-Loch im
Bundeshaushalt finanziert wurde, Leiter der ZDF-Hauptredaktion Innenpolitik. Es
kann nicht sein, dass Sie in dieser Funktion die verheerenden Folgewirkungen
des **UMTS-GAU mit einem Unternehmens-Genozid der deutschen**
Innovationseelite nicht mit bekommen haben, verheerende Folgewirkungen, die
bis heute aber andauern. Wo bleibt die gebühren-finanzierte Qualität der
Informationsleistungen?

Beim ZDF gibt es höchst attraktive Moderatorinnen, ein **gebühren-finanzierter**
Qualitätsjournalismus der Öffentlich-Rechtlichen ist nicht feststellbar.
Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, vierte Macht im Staat zu sein, sollte
demokratischer Aufklärer, Kontrolleur der Regierenden und Mahner der
Mächtigen sein. Mit Infotainment ist das nicht zu schaffen.

Wir sind es inzwischen gewohnt, dass solche Briefe von **nicht** gebühren-finanzierten Leistungsträgern mit Weltklasse-Höchstleistungen ohne Antwort bleiben, alles andere wäre überraschend, so wie unser Schreiben an Ihren Vorgänger in der Intendanz nicht beantwortet wurde, nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ZDF.pdf>

Für Opfer der UMTS-Auktion2000 ist es unerträglich, vor und von deutscher Justiz wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" zu werden mit ständig neuen Beschlüssen und Androhung neuer Zwangsmaßnahmen. Mit der UMTS-Auktion in 2000 wurde seine Existenz-Grundlage zerstört, mit totaler Diskriminierung wurde ihm ein Millionen-Schaden zugefügt.

Nach der UMTS-Auktion2000 hatte er nicht den Funken einer Chance. Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion2000, mit der ein 25%-Loch im Bundeshaushalt 2000 gefüllt wurde, haben nicht nur einen Unternehmens-Genozid der UMTS-nahen Innovationselite herbeigeführt, totale Anschluss-Diskriminierung seiner Congressmessen haben bis heute fatale Nachwirkungen sowohl auf das Innovationswachstum der ITK-Branche als auch auf seine Privat-Sphäre.

Deswegen hat er am 15.Januar 2013 eine **Verfassungsbeschwerde** an das Bundesverfassungsgericht übergeben. Worst Case ist die Nichtannahme zur Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht, dann droht ein GAU mit Fortsetzung: Liquidierung durch soziale Zwangsabgaben oder Leistungsträger mit Weltklasse-Höchstleistungen zum Sozialfall diskriminiert.

Die Verfassungsbeschwerde umfasst folgende Kapitel:

01. Hoheitsakt: Beschluss der 6.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal, Aktenzeichen 6 T 519/12, 16 M 1389/12

02. Anhörungsresistenz der Gerichte zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion2000: Massiver Verstoß gegen Anspruch auf rechtliches Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG

Was nützen Anhörungsrügen, wenn Gerichte die Kommunikation in der Sache total verweigern, nicht ein einziges Mal auf Sachargumente eingehen, statt dessen nur mit juristischen Scheinargumenten einfach alles abwimmeln?

03. Hochqualifizierte Zeugen und herausragende Beweisunterlagen für professionelle Weltklasse-Höchstleistungen des Beschwerdeführers

Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen, zu den Innovationsschwerpunkten der Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen

04. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerende Folgewirkungen

05. Nationaler IT-Gipfel: Integrativer Bestandteil im Mittelpunkt der Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot, vom BMWi "geklaut", totale Diskriminierung nach dem UMTS-GAU

06. Volle Verantwortung des deutschen Staates für verheerende Schadenswirkungen des UMTS-GAU: Millionenfache, katastrophale Verluste durch Zerstörung der Existenz-Grundlage

07. Warum ist ein lückenhaftes Telekommunikationsgesetz überhaupt nicht geeignet, die Vernichtung von Existenz-Grundlagen zu rechtfertigen?

**08. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art.1 Abs.1 GG)
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:
Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.
Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.
Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch Zwangsmassnahmen aussitzen**

**09. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung**

**10. Politische und juristische Anstrengungen des Beschwerdeführers bis heute
entgegen Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention
ohne Erfolg, obwohl Bundesregierung, Bundestag und Bundesverfassungsgericht längst involviert sind**

**11. Weitere Eskalation zu Treib- und Hetzjagd nicht mehr nachvollziehbar:
Nach Vernichtung der Existenzgrundlage, nach totaler Diskriminierung,
Liquidierung mit Zwangsmaßnahmen**

12. Liquidierung der UMTS-Opfer: Leistungsträger mit Weltklasse-Höchstleistungen zum Sozialfall diskriminiert

**13. Nichtannahme zur Entscheidung: Liquidierung der UMTS-Opfer durch Fortsetzung von Zwangsmaßnahmen
Nichtannahme zur Entscheidung: Fortsetzung der totalen Diskriminierung durch deutsche Justiz mit Eskalation zur Treib- und Hetzjagd**

14. Antrag und Anliegen der Verfassungsbeschwerde: Annahme zur Entscheidung, Stop der Liquidierung, Weichenstellung für Schadenersatz und Rehabilitierung

Die gesamte Verfassungsbeschwerde ist nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Weitere politische und juristische Anstrengungen des Beschwerdeführers bis heute entgegen Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren) ohne Erfolg, obwohl Bundesregierung, Bundestag und Bundesverfassungsgericht längst involviert sind, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

Bis heute werden von deutscher Justiz **keinerlei Beweise zugelassen**, obwohl hervorragendes Beweismaterial über das Veranstalterarchiv mit über 1100 Congressbänden zusätzlich zu Programmbroschüren und Congressmesse-Katalogen zur Verfügung steht.

Bis heute werden von deutscher Justiz **keinerlei Zeugen zugelassen**, obwohl hervorragende Zeugen aus einem umfangreichen und hochkarätigen Referentenschar einschließlich ehemaliger Bundesminister, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Staatsminister und Staatssekretäre, Präsidenten der Bundesnetz-Agentur u.a.m verfügbar wären.

Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung wird generell verweigert.

Ceterum censeo: Es ist längst an der Zeit, dass die verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion2000 mit anschließender Diskriminierung wehrloser Opfer und Verfolgung in einer sozialen Zwangsgesellschaft mit einem gebühren-finanzierten und daher system-nahen Journalismus endlich einer bis heute verweigerten Rechtslösung zuzuführen sind.

Wir finden, die deutsche Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, über diese ungeheuerlichen Vorgänge mehr zu erfahren. Dafür stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ZDF1301>